



NEWSLETTER DEZEMBER 2023

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

der furchtbare Überfall der Hamas-Terroristen auf Israel und seine grausamen Folgen bewegen auch uns in Nordrhein-Westfalen. Das Thema Antisemitismus ist wieder stärker in der Öffentlichkeit und jeder Bericht von jüdischen Menschen darüber, dass sie Angst haben, wenn sie auf die Straße gehen, erfüllt mich mit Scham.

Auch im Landtag ist der Überfall und der Schutz unserer jüdischen Freund*innen ständiges Thema. Wir haben uns in einem interfraktionellen Antrag gegen Antisemitismus positioniert und Maßnahmen zum Schutz der Jüdinnen und Juden und zur Bekämpfung von Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Auch der Schutz des Staates Israel ist für uns nicht nur eine Aufgabe, sondern Staatsräson.

Leider hat die AfD das Thema auch für sich instrumentalisiert. Sie spielen sich als die Freunde der Jüdinnen und Juden auf, allein um gegen Muslime hetzen zu können. Dabei sind antisemitische Ansichten in der AfD an der Tagesordnung. Zu Recht wird nun auch die Junge Alternative vom Verfassungsschutz beobachtet. Den Hass der AfD auf Muslime sehen wir auch in Dortmund, wo sie und ihre Anhänger die Bevölkerung in Oespel gegen die Einrichtung einer zentralen Flüchtlingsunterkunft des Landes aufhetzen.

Gegen die AfD-Hetze gegen Minderheiten wehren wir uns im Landtag. Auch dort ist der Umgangston härter geworden, weshalb der Landtag zukünftig eine Ordnungsstrafe einführen



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de



wird, um solche Entgleisungen zu sanktionieren. Neulich hetzte die AfD-Abgeordnete Enxhi Seli-Zacharias gegen transsexuelle und transidente Menschen. Mein Abgeordnetenkollege Frank Müller, selbst queerer Mensch, erwiderte diese ekelhafte Rede mit einer sehr emotionalen Kurzintervention, die Ihr/Sie hier sehen könnt/können: rb.gy/0m4ech Es lohnt sich!

Ansonsten war der Haushalt 2024 das bestimmende Thema der letzten Wochen. Die Landesregierung spart an allen Ecken ein, vor allem aber im sozialen Bereich. Und das, obwohl der Haushalt mit über 100 Milliarden Euro so groß ist, wie nie zuvor. Im besten Fall bleiben Förderpauschalen so hoch, wie bisher. Aber selbst das ist eine reale Kürzung, denn die Kosten der Träger sind in den letzten Monaten wegen Inflation und Tarifsteigerungen enorm angestiegen. Die zusätzlichen Kosten werden aber nicht ausgeglichen. Leistungskürzungen, Schließungen und Insolvenzen sind vorprogrammiert. Dagegen haben 25.000 Menschen am 19. Oktober unter dem Titel „NRW bleib sozial“ vor dem Landtag demonstriert. Eine der größten Demonstrationen, die es je vor dem Landtag gab.

Ich wünsche Ihnen und Euch nun aber erst einmal ein besinnliches und friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Für mich wird das neue Jahr eine Änderung mit sich bringen. Nachdem ich in den letzten eineinhalb Jahren unsere Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume vertreten habe, werde ich demnächst wieder in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wechseln. Ich freue mich, dass meine Fachexpertise hier gebraucht wird. Dennoch bleibe ich aber auch meinem ganz besonderen Thema, den Kleingärten weiterhin treu.

Nun freue ich mich aber erstmal auf ein paar ruhige Tage. Das wünsche ich Ihnen und Euch auch. Vor allem wünsche ich eine interessante Lektüre meines Wahlkreis-Newsletters.



Ihre/Eure

Anja Buschman

PISA: Landesregierung redet Bildungskatastrophe klein

Die Ergebnisse des weltweiten OECD-Bildungsvergleichs sind ernüchternd. Deutschland steckt in einem neuen PISA-Schock. Der war auch Thema in einer Aktuellen Stunde im Landtag, denn diese Entwicklung muss auch Konsequenzen für das nordrhein-westfälische Schulsystem haben. Doch leider sind die Reaktionen der Schulministerin Dorothee Feller (CDU) alles andere als der Situation angemessen. Sowohl in ihrer Rede im Plenum als auch bereits in den Tagen zuvor, als sie in den Medien die Aufregung herunterspielte und die Bildungskatastrophe kleinredete.

Es gibt keinen Anspruch, keinen Willen, die Dinge zum Besseren zu verändern. Das ist für die Kinder und ihre Eltern und auch für die engagierten Erziehungs- und Lehrkräfte in den Kitas und Schulen ein Tritt in den Rücken. Schwarz-Grün setzt darauf, dass in ein paar Tagen das Schockerlebnis überwunden ist und sie so weiterwurschteln können wie bisher.

Dabei hatte Ministerpräsident Hendrik Wüst noch am Wochenende mit Blick auf die PISA-Studie gesagt, dass insbesondere im Kita-Bereich – also dort, wo die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt werden – großer Handlungsbedarf bestehe. Doch auch hier bleibt seine Aussage vollkommen folgenlos für die Politik der Landesregierung.

Inzwischen klafft bei den Kitas eine Lücke von mehr als 110.000 Plätzen. Es ist längst ein Verteilungskampf um Kita-Plätze entbrannt und insbesondere Kinder aus armen Familien verlieren ihn. Schließlich zeigt die PISA-Studie auf, dass der Geldbeutel der Eltern immer noch entscheidend für den Bildungserfolg der Kinder ist. Dem entgegenzutreten, liegt allein in der Verantwortung dieser Landesregierung.

Doch sie verschließt konsequent und stur die Augen vor der bitteren Bildungsrealität in unserem Land. Schlimmer noch: Sie haben die Opposition sogar dazu aufgefordert, das Kind nicht mehr beim Namen zu nennen – ansonsten könnten wir uns jede Kooperation in der Sache abschminken. So viel zur Klarstellung: Wir lassen uns nicht den Mund verbieten. Zur Zusammenarbeit für ein besseres Bildungssystem sind wir selbstverständlich dennoch jederzeit bereit.

Nie wieder ist heute

Uns alle hat der furchtbare terroristische Überfall der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung schockiert. Menschen wurden brutal ermordet oder verschleppt. So viele, wie seit der Shoah nicht mehr. Wir alle sehen Tag für Tag die grausamen Taten, die die Hamas dem israelischen Volk antut und zugleich billigend in Kauf nimmt, dass die Palästinenser*innen im Gaza-Streifen großes Leid erfahren. Israel hat das Recht, sich zu verteidigen und seine Existenz zu sichern. Mit großer Sorge schauen wir dabei aber auch auf die humanitäre Situation im Gaza-Streifen. Es muss sichergestellt werden, dass Menschen Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung erhalten und sie sich in Sicherheit bringen können.

Auch im Landtag haben alle demokratischen Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag ein deutliches Zeichen gesetzt und den Angriff der Hamas aufs Schärfste verurteilt. Wir unterstützen die klare Haltung des Bundes, an der Seite Israels zu stehen. Die Sicherheit Israels gehört zur



deutschen Staatsräson. Auch der Kampf gegen Antisemitismus ist für uns ein wichtiges gemeinsames Ziel.

SPD NRW Die Fraktion

- **Wir verurteilen die Ausschreitungen vom vergangenen Wochenende aufs Schärfste. Das Existenzrecht Israels darf niemals abgelehnt werden und die unbeschreiblichen Taten der Shoah in Deutschland niemals geleugnet oder verharmlost werden.**
- **Plakate mit der Forderung nach einem Kalifat im Nahen Osten anstelle des Staates Israel und der Palästinensischen Gebiete oder auch hier widersprechen der deutschen Staatsräson und dem internationalen Völkerrecht.**
- **Dagegen muss mit aller Entschiedenheit mit den Mitteln des Rechtsstaates vorgegangen werden.**

Denn nicht erst seit dem Angriff auf Israel stellen wir fest, dass antisemitisches Gedankengut auch in Nordrhein-Westfalen zunimmt. Nicht nur in Israel haben Jüd*innen Angst um ihr Leben. Auch bei uns in Deutschland erleben wir seit dem Angriff auf Israel vermehrt antisemitische Gewalt. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Brandanschläge auf Synagogen müssen genauso die volle Härte des Gesetzes und unseres Rechtsstaates erfahren, wie Hass gegen jüdisches Leben und Häme gegen die Opfer des Terrors, wie wir sie in den letzten Tagen auf vielen Demonstrationen erlebt haben.

Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind hohe Verfassungsgüter in Deutschland. Es gesteht auch Menschen mit palästinensischen Wurzeln

das Recht ein, auf ihre und die Situation ihrer Angehörigen hinzuweisen. Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass dieses Recht missbraucht wird, um Antisemitismus zu verbreiten und zu Gewalt gegen Jüd*innen aufzurufen. Jetzt ist nicht nur ein wehrhafter Staat, sondern auch eine wehrhafte Zivilgesellschaft gefragt. Jeder Angriff auf jüdische Mitmenschen ist auch ein Angriff auf die Werte unserer Gesellschaft.

Unerträglich ist, wie die AfD im Landtag das Leid der Menschen in Israel und die Angst unserer jüdischen Mitbürger*innen in Nordrhein-Westfalen missbraucht, um Stimmung gegen Muslim*innen zu machen. Die Partei, die für Äußerungen wie „Vogelschiss deutscher Geschichte“ oder „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ steht. Die Partei, die den Höckes und Kalbitz' dieser Welt ein Forum bietet. Auf einmal stehen diese faschistischen, den Holocaust herunterspielenden Antisemiten solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden?!? Das ist verlogen und ekelhaft! Um gegen Musliminnen und Muslime zu hetzen, ist diesen Nazis jedes Mittel recht.

Großen Respekt hat mein Fraktionskollege Rodion Bakum verdient. Er ist selbst jüdischen Glaubens und stellt sich in den Debatten regelmäßig gegen die AfD. In der November-Plenarwoche gelang es ihm, in einer Debatte, in der es um den Schutz jüdischer Studierenden an unseren Hochschulen ging, mit mehreren Zwischenfragen und Kurzinterventionen den AfD-Abgeordneten Prof. Dr. Daniel Zerbin in seiner verfälschenden Rede ins Stocken und in Verlegenheit zu bringen und konfrontierte ihn zugleich mit einem antisemitischen Vorfall seines Abgeordnetenkollegen Zacharias Schalley zu dessen Studienzeiten.

Ich selbst möchte auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Antisemitismus leisten. Bereits im letzten Jahr reinigte ich mit Schüler*innen der Marie-Reinders-Realschule Stolpersteine, die an die im Holocaust verschleppten, vertriebenen und ermordeten jüdischen Mitbürger*innen aus Hörde erinnern. Anlässlich des Pogromgedenkens am 9. November habe ich diese Aktion wiederholt. Am 8. Dezember folgte eine weitere Reinigungsaktion in Lütgendortmund mit Schüler*innen des Bert-Brechts-Gymnasiums. Weitere Aktionen sind in der Planung und es ist mein Wunsch diese über die Jahre zu verstetigen, jeweils in Kooperation mit der Jüdischen Kultusgemeinde Dortmund. Danken möchte ich hierbei Klaus Lenser und Diethart Döring vom Arbeitskreis Hörder Pogromgedenken und dem Lütgendortmunder Heimatforscher Wilhelm

Mohrenstecher, die uns durch ihre Stadtteile führten, von den Menschen, an die die Stolpersteine erinnern, berichteten und den jungen Menschen eindrucksvoll schilderten, welch grausamen Verbrechen während des Nationalsozialismus verübt wurden.

Interfraktioneller Antrag „Solidarität mit Israel. Antisemitismus entschieden bekämpfen“:
rb.gy/e4ekde

Video zu Rodion Bakum in der Debatte mit der AfD zum Thema Antisemitismus: rb.gy/xzg8d0





Welchen Einfluss haben Justizminister Limbach und die Staatskanzlei auf die Besetzung der Leitung des Oberverwaltungsgerichts genommen?

Diese Frage beschäftigt uns jetzt seit einigen Wochen. Klarheit haben wir nach einer Sondersitzung des Rechtsausschusses, einer Befragung im Landtag und einer aktuellen Stunde immer noch nicht.

Im Gegenteil, es wird immer dubioser: Dass Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) eine klare Präferenz für eine der Bewerberinnen hatte – einer ehemaligen Richterkollegin und Duz-Freundin – ist eindeutig. Belegt wurde auch, dass er mit allen Bewerber*innen Vier-Augen-Gespräche geführt und einem konkurrierenden Bewerber "freundlich" von einer Bewerbung abgeraten hatte.

Und jetzt verplappert sich der Minister und Chef der Staatskanzlei Nathaniel Liminski (CDU), dass auch er mit zwei Bewerber*innen in Kontakt stand: Diese wollten bei ihm, für sich werben.

Das ist hochproblematisch: Denn die Auswahl von hohen Vertreter*innen der unabhängigen Justiz muss unabhängig von politischer Einflussnahme erfolgen. Im Beamtendeutsch: Es gilt das Prinzip der Bestenauslese. Ganz offensichtlich glaubten aber selbst die Bewerber*innen nicht mehr an ein unabhängiges Verfahren und versuchten es deshalb auf dem Weg der persönlichen Vorsprache.

Die Justiz darf nicht weiter Schaden nehmen! Der Verdacht auf politische Einflussnahme muss dringend aufgeklärt werden. Deshalb überlegen wir noch, ob ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Vorfälle aufarbeiten sollte.

Antrag der SPD-Fraktion auf Aktuelle Stunde: rb.gy/3q4p7v

Sparhaushalt trifft auch die Bekämpfung von Gewalt an Frauen

Auf der Suche nach Einsparpotentialen macht die Landesregierung selbst vor dem Haushaltstitel, aus dem die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen finanziert werden, keinen Halt. Zwar versicherte die Gleichstellungsministerin Josefine Paul (Grüne), dass nicht bei den Einrichtungen der Frauenhilfe gekürzt wird, dennoch schlägt eine Kürzung von 300.000 Euro zu Buche. Dieses Geld hätten wir lieber in die Stärkung der Arbeit der Frauenhäuser und Beratungsstellen investiert. Denn nach wie vor fehlt es an ausreichend vielen Frauenhausplätzen. Zugleich erleben auch die Träger der Frauenhilfeeinfrastructure massive Kostensteigerungen, die durch die Anpassung der Förderpauschalen bei weitem nicht ausgeglichen werden. Die Träger müssen daher noch mehr Spenden einwerben oder die Kommunen zur Erhöhung ihrer Förderung bewegen. All das habe ich in der Haushaltsdebatte angeprangert und einerseits einen Ausbauturbo bei den Frauenhäusern als auch eine kostendeckende Finanzierung der Träger eingefordert.



Video meiner Plenarrede zum Gleichstellungshaushalt 2024: youtu.be/t7yfvSrqmdM

Die 60 muss bleiben!

Die schwarz-grüne Landesregierung will die Altersgrenze in den Feuerwehren von 60 auf 62 Jahre anheben. Dagegen demonstrierten hunderte Feuerwehrleute bei kalten Temperaturen 24 Stunden lang vor dem Landtag.

Wir hatten zur Unterstützung unserer Feuerwehrleute einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung aufforderte, die Altersgrenze für den Renteneintritt nicht anzutasten. Denn eine 48-Stunden-Woche, jahrzehntelange Schichtarbeit, Einsätze an Sonn- und Feiertagen sowie enorme körperliche und psychische Belastungen sind kein Zuckerschlecken, sondern ein Knochenjob. Das war auch das, was mir und meinen Dortmunder Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Ralf Stoltze und Volkan Baran wenige Tage zuvor beim Besuch der Feuerwehr Dortmund berichtet wurde.



Doch während die Feuerwehrleute draußen vor dem Landtag mahnten, lehnte die schwarz-grüne Koalition drinnen im warmen Plenarsaal unseren Antrag ab. Ein respektloses und unwürdiges Schauspiel auf Kosten unserer Feuerwehr! Aber: das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Wir bleiben dran!

Antrag „Hände weg von der Altersgrenze! Den besonderen Belastungen im Feuerwehrdienst muss Rechnung getragen werden.“ der SPD-Fraktion: rb.gy/glm13v

Pflege in Not. Rettungsschirm Jetzt!

Die Pflege in Nordrhein-Westfalen brennt lichterloh. Die Träger stehen vor dem finanziellen Aus. Die Insolvenzen haben sich zum Vorjahr vervierfacht! Und auch die Pflegekräfte sind am Limit der Belastbarkeit. Es fehlt an Personal und Auszubildenden. Ja, sogar die Pflegeschulen schließen, weil ihre Finanzierung nicht kostendeckend ist. Nicht besser sieht es bei den Angehörigen aus: Sie wissen nicht mehr weiter, weil die Eigenanteile in der stationären Pflege für sie kaum noch bezahlbar sind.

Wie angespannt die Lage ist, das hat auch die größte Demonstration der letzten Jahre vor dem Landtag am 19. Oktober gezeigt: Unter dem Motto "NRW bleib sozial" haben rund 25.000 Menschen auch für die Rettung der Pflege demonstriert.

Doch die schwarz-grüne Landesregierung und ihr Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) stellen sich taub. Deswegen haben wir jetzt Vorschläge in den Landtag eingebracht: Neben der Entbürokratisierung der Pflegeausbildung und einer Verbesserung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen fordern wir, dass das Land endlich seiner Pflicht bei einer angemessenen Finanzierung der Investitionskosten nachkommt. Außerdem muss das Land dringend ein Rettungsprogramm für die Pflege einrichten.

Antrag „Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!“ der SPD-Fraktion: rb.gy/eb0kl4

Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!

Die Sozialpartnerschaft aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland ist bis heute eine Erfolgsgeschichte. Es ist die Geschichte von sozialem Aufstieg, Wachstum und Lebensqualität – von der Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg. Eine starke Tarifbindung garantierte Fortschritt und ein gutes Leben in Deutschland. Mit und wegen der Tarifbindung sind wir zum Exportweltmeister aufgestiegen - auch wenn marktradikale Politiker und Wirtschaftsvertreter*innen gerne das Gegenteil behaupten, nämlich, dass dies *trotz* guter Löhne und Arbeitsbedingungen gelungen sei.

Doch Tarifverträge sind in den vergangenen Jahren mehr und mehr unter Druck geraten. Auch bei uns im industriell geprägten Nordrhein-Westfalen. Die Tarifbindung beträgt nur noch 50% aller Beschäftigten. Ein riesiger Verlust für Beschäftigte, denn Tarifverträge garantieren einen fairen Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit und ausreichend Urlaub. Doch wo sie fehlen, sinken Löhne, Lebensstandard und Selbstbestimmung. Das sehen wir gerade überall, ob bei Paketboten, Angestellten in Großschlachtereien oder auch im Einzelhandel.

Auch das Land beteiligt sich am Lohn- und Sozial-Dumping, indem es öffentliche Aufträge an Unternehmen vergibt, die keine Tarifbindung haben und mitunter ihre Mitarbeiter*innen schlecht bezahlen und miserable Arbeitsbedingungen haben.

Wir fordern deshalb eine Stärkung der Tariftreue bei öffentlichen Vergaben und Förderungen. Das Land muss die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen garantieren. Bei Fördergeldern muss die Tariftreue bereits bei einer Höhe von 25.000 Euro gewährleistet sein.

Antrag „Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!“ der SPD-Fraktion: rb.gy/nuoasy

Unser NRW-Plan für Seelische Gesundheit

Fast 18 Millionen Menschen in Deutschland leiden im Laufe eines Jahres an einer seelischen Erkrankung. Nur jede und jeder fünfte nimmt professionelle Hilfe in Anspruch. Die Auswirkungen sind jedoch verheerend: Menschen mit seelischen Erkrankungen haben eine bis zu zehn Jahre verkürzte Lebenserwartung. Jede zweite Frühverrentung geht auf ein seelisches Leiden zurück.

The infographic is divided into two main sections. The left section, titled 'Seelische Gesundheit geht uns alle an' (Mental health concerns us all), features a background image of a person hugging themselves and a green awareness ribbon. The right section, titled 'Wir brauchen einen „NRW-Plan für seelische Gesundheit“' (We need an 'NRW Plan for mental health'), lists three key actions: '→ Prävention ausbauen: Vorsorgen ist besser als versorgen.' (Expand prevention: Prevention is better than cure.), '→ Versorgung verbessern: Wartezeiten für Therapien verkürzen.' (Improve care: Shorten waiting times for therapy.), and '→ Netzwerke fördern: Selbsthilfe & Kommunen besser ausstatten.' (Support networks: Better equip self-help and municipalities.). Both sections include the SPD NRW logo and the hashtag #SeelischeGesundheit.

Die Belastungen für die Angehörigen sind immens. Seelische Erkrankungen sind damit keine Ausnahme in unserer Gesellschaft, sie betreffen uns alle. Aber das spiegelt sich nicht in unseren Hilfsstrukturen und Angeboten wider: Es fehlt an Kapazitäten, Geld und Wegweisern für seelisch erkrankte Menschen und ihre Angehörigen. Vor allem im Ruhrgebiet und in ländlichen Regionen ist die Versorgung unzureichend. Und selbst landesweit liegt die durchschnittliche Wartezeit von einem Erstgespräch bis zum Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung bei 142 Tagen. Viel zu lang!

Das wollen wir ändern mit unserem NRW-Plan für Seelische Gesundheit. Darin machen wir umfassende Vorschläge, um sowohl präventiv die seelische Gesundheit in Nordrhein-Westfalen zu stärken, aber auch die Behandlung und Beratung bei seelischen Erkrankungen deutlich auszubauen.

Antrag „Seelische Gesundheit geht uns alle an: Wir brauchen einen ganzheitlichen „NRW-Plan für Seelische Gesundheit“!“ der SPD-Fraktion: rb.gy/j2b78b

Situation der Endometriose-Betroffenen verbessern

10 bis 15 Prozent aller Frauen leiden unter Endometriose - eine bis heute unheilbare Krankheit, deren Ursachen ungeklärt sind. Es fehlt sowohl an Forschung und einer ausreichenden Datenbasis als auch an Aufklärung der Patientinnen und Ärzt*innen. Die Folge: Viele Betroffene berichten von langwierigen Irrfahrten von Arztpraxis zu Arztpraxis, bis endlich jemand ihre Beschwerden ernstnimmt. Bis sie endlich an eine Ärztin oder einen Arzt geraten, der nicht einfach nur Regelschmerzen und ein sensibles Schmerzempfinden vermutet, sondern eine Endometriose diagnostiziert.



Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Mit einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen setzen wir uns dafür ein, das Thema besser in der medizinischen Aus- und Fortbildung und in der schulischen Aufklärung zu verankern. Außerdem wollen wir die Forschung an unseren Hochschulen stärken.

Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Doch leider verhinderten CDU und Grüne, dass wir eine Aufklärungskampagne auf den Weg bringen konnten. Dafür sei kein Geld da. Aber das reicht uns nicht. Wir haben deshalb die Kampagne über einen ergänzenden Haushaltsantrag weiter eingefordert.

*Interfraktioneller Antrag „Die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern – Aufklärung, Versorgung und Forschung stärken“: rb.gy/vdn2zm
Video meiner Plenarrede zum Endometriose-Antrag: youtu.be/P8o0kYNrdIO*

Wir fordern einen Abschiebestopp für Jesid*innen

Als im Jahr 2014 der Islamische Staat (IS) weite Teile Syriens und den Nordirak eroberte, folgte ein Genozid an den Menschen der ethnisch-religiösen Gruppe der Jesiden. Schätzungen der Vereinten Nationen nach wurden bis zu 10.000 Jesid*innen ermordet und größtenteils in Massengräbern verscharrt. Über 300.000 Menschen wurden allein aus der Region Sindschar zur Flucht gezwungen, ihre Häuser, Dörfer und Städte zerstört, so dass sie bis heute in riesigen Flüchtlingscamps leben. Über 7.000 jesidische Frauen und Mädchen wurden vom IS entführt, versklavt und auf schlimmste Weise systematisch vergewaltigt und misshandelt. Auch heute noch ist das Schicksal von mehr als 2.500 jesidische Frauen und Kinder unbekannt. Der Völkermord an den Jesid*innen wurde vom Europäischen Parlament und vom Bundestag anerkannt.

Anlässlich des Tags gegen Gewalt an Frauen lud der Arbeitskreis Gleichstellung und Frauen der SPD-Landtagsfraktion Ende November die Hilfsorganisation Farida Global und junge Frauen, die dieses Martyrium erleben mussten, in den Landtag ein. Wir wollten ihnen Gehör verschaffen und aufzeigen, dass uns ihr Schicksal bewegt.

Rund 75.000 Jesid*innen flohen in den letzten Jahren nach Deutschland. In Folge der schrecklichen Erlebnisse, die ihnen widerfahren sind, leiden sie unter starken Traumata. Umso unverständlicher ist es, dass seit einigen Monaten jesidische Menschen vermehrt in den Irak abgeschoben werden.



Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat demnach in circa 1.400 Fällen bereits den Schutzstatus, der in den vergangenen Jahren an Jesid*innen aus dem Irak erteilt wurde, widerrufen, was für große Unsicherheit in der jesidischen Community gesorgt hat, denn vor Diskriminierung und Gewalt sind jesidische Menschen im Irak nicht geschützt. Zuletzt riefen 20 Mullahs öffentlich zu Gewalt gegen Jesid*innen auf.

Eine dieser Frauen, die bereits die Aufforderung zum Verlassen von Deutschland erhalten hat, ist Aliya. Sie suchte Zuflucht in Deutschland. Sie lernte die Sprache, integrierte sich und steht nun kurz vor dem Abitur. Sie möchte Ärztin werden. Doch nun droht ihr mit der Abschiebung in den

Irak ein zweites furchtbares Schicksal. Sie soll zurück in eine Heimat, die es nicht mehr gibt.

Viele Bundesländer haben einen Abschiebestopp erlassen. Alle, bis auf Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Deshalb forderten wir in der letzten Plenarwoche des Jahres die Landesregierung auf, einen solchen Abschiebestopp auch in Nordrhein-Westfalen zu erlassen. Leider haben sich die anderen Fraktionen dagegen entschieden, unseren Antrag zu unterstützen. Stattdessen instrumentalisierten sie das Schicksal der Jesid*innen, um Bundesinnenministerin Nancy Faeser parteipolitisch anzugreifen. Die Partei der christlichen Nächstenliebe und die Partei, der Bürgerrechte und der Schutz von Geflüchteten so wichtig sind, haben damit nicht verhindert, dass Aliya und viele andere Jesid*innen Deutschland verlassen müssen. Das macht mich wütend und fassungslos zugleich. Auch wenn wir von Landesseite nicht viel tun können – einen Abschiebestopp zumindest für wenige Monate wäre möglich gewesen und hätte uns Zeit verschafft, eine bessere politische Lösung zu finden. Das haben CDU, Grüne und FDP aber verhindert.

Antrag „Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! – Landesregierung muss sofort handeln“ der SPD-Fraktion: rb.gy/lfuooy

Kleingarten-Antrag erntet viel Zustimmung

Unser Antrag „Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW“, der bereits unter vielen Kleingärtner*innen große Zustimmung fand, war nun Gegenstand einer Anhörung im Landtag. Bei den Sachverständigen erntete der Antrag viel Zustimmung. Der WDR nahm die Anhörung zum Anlass, in verschiedenen Sendungen im Fernsehen und im Radio über Kleingärten zu berichten.

In unserem Antrag fordern wir eine höhere Wertschätzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Leistungen, die Kleingärten erbringen, einen stärkeren Schutz bestehender Kleingartenanlagen und den Bau von 5.000 neuen Gärten als Beitrag zu klimaresilienten Städten. Denn Kleingärten haben in ihren Stadtteilen eine positive Wirkung auf das Mikroklima und den Schutz vor Starkregenereignissen. Wir wünschen uns zudem mehr finanzielle Unterstützung, z.B. bei der Installation von Photovoltaikanlagen, bei der Sanierung und dem Neubau von Lauben und bei der Übernahme eines Kleingartens, damit auch Menschen mit niedrigen Einkommen die Möglichkeit haben, einen Kleingarten zu übernehmen.



Antrag „Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW“ der SPD-Fraktion: rb.gy/240bqz

Stellungnahmen der Sachverständigen: rb.gy/hdriy3

Videomitschnitt der Anhörung: rb.gy/z8q7y3

Schubkraft für die Wohnungsbaupolitik



Bei den Krisen in der Welt und den Debatten um den Haushalt, ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit zu Unrecht aus dem Blick geraten: Die Krise auf dem Wohnungsmarkt. Die Mieten steigen, freie Wohnungen werden immer knapper – auch in Städten, die bislang keinen angespannten Wohnungsmarkt hatten. Doch leider ist der Neubau von Wohnungen in Nordrhein-Westfalen um rund 80 Prozent eingebrochen. Das bedroht Existenzen von Menschen.

Wir brauchen deshalb ein Sofortprogramm „Bauen jetzt“, das wir in der Oktober-Plenarwoche eingefordert haben. Unter anderem wollen wir das jährliche Fördervolumen für die öffentliche Wohnraumförderung erhöhen und das

Wohnraumförderprogramm an die aktuellen Krisenbedingungen anpassen. Bauträger müssen in Zeiten steigender Preise für Baumaterialien besser vor der Insolvenz geschützt werden. Außerdem wollen wir dem gemeinnützigen Wohnungsbau eine höhere Priorität zumessen. Wir halten zudem an unserer Forderung nach einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft fest.

Antrag „Schubkraft und Fortschritt für die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen“ der SPD-Fraktion: rb.gy/8sae4k

Land plant zentrale Flüchtlingsunterkunft im Indupark

Die Dortmunder Medien haben in den letzten Wochen sehr ausführlich über das Thema berichtet. Ich unterstütze die Planungen, denn sowohl Land als auch Kommunen stoßen bei der Unterkunft von Flüchtlingen an ihre Grenzen. Und der Standort ist in meinen Augen sehr gut geeignet. Es gibt eine gute verkehrliche Anbindung, Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe und mit dem Runden Tisch Lütgendortmund ein starkes Netzwerk an Ehrenamtlichen, die sich auch hier einbringen wollen. Das Hotelgebäude bietet aufgrund seiner Infrastruktur (Vierer-Zimmer mit Bad, Aufenthaltsräume, Küchenbereich) zudem beste Voraussetzungen für eine humane Unterbringung von Geflüchteten.

Doch Rechtsextreme und vor allem die AfD missbrauchen die Pläne des Landes, um gegen Geflüchtete Stimmung zu machen und die Menschen in Oespel aufzuhetzen. In den nächsten Wochen wird es auch von meiner Seite aus darum gehen, Aufklärungsarbeit zu leisten und vor allem denjenigen, die sich von der AfD-Hetze noch nicht anstecken ließen, Angst und Vorbehalte zu nehmen.

Ein Lichtstrahl Hoffnung: Chanukka am Phoenix-See

Chanukka ist das jüdische Lichterfest, das an die Wiedereinweihung des Tempels in Jerusalem, einem Hauptheiligtum des Judentums, erinnert. Die Menora, der siebenarmige Leuchter im Tempel, sollte fortan niemals wieder erlöschen. Doch war hierfür nicht mehr genug geweihtes Öl vorhanden. Doch statt für einen Tag reichte das Öl ganze acht Tage bis neues geweihtes Öl zur Verfügung stand – das Chanukka-Wunder. Diesen hohen Feiertag feiert die Jüdische Kultusgemeinde Dortmund jedes Jahr auch am Phoenix-See. In diesem Jahr hatte ich die große Ehre, die siebte Kerze der Menora zu entzünden. Ich wünsche mir, dass in diesen dunklen Zeiten dieses Licht Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit bringt.



Video vom Fest „Channuka am Phoenix-See“: rb.gy/v3m4qb

Wer liest, hat bessere Chancen im Leben

Durch Lesen erhalten wir neue Sichtweisen auf unsere Welt und regen damit unsere Fantasie an. Lesen ist aber auch die wichtigste Fähigkeit für gute Chancen im Leben. Und deshalb finde ich es so wichtig, dass wir Kinder bereits sehr früh für das Lesen von Büchern begeistern. Auch in diesem Jahr habe ich wieder am bundesweiten Vorlesetag teilgenommen. In der Klasse 03 der Friedens-Grundschule Dortmund in Marten traf ich



auf sehr aufmerksame und neugierige Zuhörer*innen, denen ich aus "Warum brauchen Haie keinen Zahnarzt?" vorgelesen habe. Nur so viel: Es hat mir sehr viel Spaß gemacht!

Amazon: Soll das die neue Arbeitswelt sein?

Der Black Friday ist nicht nur ein Tag des maßlosen Konsums, sondern auch der Tag, an dem mutige Amazon-Mitarbeiter*innen Jahr für Jahr in den Streik treten, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. In diesem Jahr lud die Gewerkschaft Ver.di Westfalen uns Dortmunder SPD-Abgeordneten zu einem Streikfrühstück ein. Was die Betriebsratsvertreter*innen der Amazon-Standorte in Dortmund und Werne berichteten, machte mich wütend. Der Mensch ist nur noch Maschine und kein Individuum. Alles, wirklich alles, wird der Produktivitätssteigerung untergeordnet und überwacht. Die Folge: extremer Leistungs- und Kontrolldruck, psychischer Druck und die Bekämpfung von Betriebsratsarbeit. Gemeinsam - SPD, Ver.di und Betriebsrat - wollen wir für humanere Arbeitsbedingungen kämpfen! Das System Amazon darf keine Blaupause für die Arbeitswelt in Deutschland werden.



Vierfache Dortmunder Frauenpower für den Jugendlandtag

Drei Tage wurde der Landtag von Nordrhein-Westfalen von knapp 200 Jugendlichen in Besitz genommen, die ihre Landtagsabgeordneten vertraten. Dortmund war gleich mit vierfacher Frauenpower vertreten. Tijen Durmus, Nesrin Altunas, Esengül Dogan und Bahar Demir nahmen im Plenarsaal die Plätze von Ralf Stoltze, Nadja Lüders, Volkan Baran und mir ein.



In den ersten zwei Tagen berieten sie zwei Anträge, die von den Jugend-MdLs des letzten Jahres vorbereitet wurden, in Fraktions- und Ausschusssitzungen und hörten in einer Anhörung Sachverständige an. Der Höhepunkt des Jugendlandtags war dann die Plenarsitzung am Samstag, die auch im Internet live übertragen wurde.

Die beiden Anträge forderten eine Attraktivierung der Ausbildungsberufe sowie den Ausbau der politischen Bildung. Die Beschlüsse des Jugendlandtags werden dann in einer der nächsten Plenarsitzungen Gegenstand unserer Beratungen sein.

Ich freue mich, dass wir Dortmunder SPD-Abgeordneten uns gemeinsam entschieden haben, in diesem Jahr vier talentierten und engagierten jungen Frauen als Vertreterinnen für unsere Stadt in die Landeshauptstadt zu senden. Denn wir wollten dieses Mal gerade junge

Frauen für politisches Engagement motivieren. Ihr wisst, auch heute noch sind Frauen in allen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert.

Zu Besuch im Landtag

Die Vorsitzenden zahlreicher Dortmunder Kleingartenvereine und Vertreter*innen des Stadtverbands der Dortmunder Gartenvereine haben im November den Landtag besucht. Gemeinsam mit Ralf Stoltze diskutieren wir im Anschluss an den Besuch der Plenarsitzung über die Zukunft



der Kleingärten und stellten den Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung des Kleingartenwesens in NRW vor.

Dann war noch ein Kurs des Robert-Schuman-Berufskollegs mit Auszubildenden der Berufsgenossenschaften und der gesetzlichen Krankenkassen zu Besuch. Bei dem gemeinsamen Gespräch waren die Besucher*innen besonders an den Themen bezahlbarer Wohnraum und Sicherheit in Dortmund interessiert.

Vor Weihnachten raus zu den Menschen

Auch in diesem Jahr war ich in der Vorweihnachtszeit wieder oft draußen, um mit meinen Genoss*innen im Wahlkreis für sozialdemokratische Politik zu werben.

In Lütgendortmund waren wir am Rande des Wochenmarktes und durch die Geschäfte im „Dorf“ unterwegs und in Holzen vor dem Edeka an der Kreisstraße. Mit Klaus Nettlenbusch machte ich Hausbesuche in Lütgendortmund und natürlich habe ich mich auch in diesem Jahr wieder bei vielen Vereinen, Organisationen und Projekten mit selbstgebackenen Keksen, Seifen und viel Schokolade für die tolle Zusammenarbeit bedankt. Vielen Dank an die fleißigen Helfer*innen, die mich dabei unterstützt haben.



Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.



Chanukkah am Phoenix-See



Mit Klaus Nettlenbusch auf Haus-
türbesuch in Lütgendortmund.

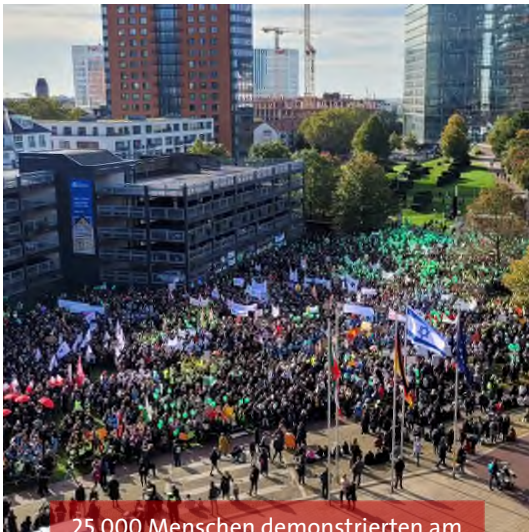


Mit dem Weihnachtsmann zu Besuch in
Lütgendortmund...



...und in Holz.





25.000 Menschen demonstrierten am 19. Oktober vor dem Landtag. Ihre Botschaft: „NRW bleib sozial!“



25 Jahre Africa Positive



Jubilar*innenehrung im SPD-Ortsverein Brünninghausen



Dortmund zeigt Solidarität mit Israel.



Seit 75 Jahren ein starkes Stück Völkerverständigung. Herzlichen Glückwunsch Auslandsgesellschaft!



Besuch der Vernissage des Dortmunder Künstlers Fern Mehring



Großartige Spende des AWO-Ortsvereins Kirchhörde, Kruckel, Löttringhausen für „Tischlein deck Dich“



Besuch der Mitgliederversammlung des Stadtverbands Bochum der Kleingärtner



Anlässlich des Tags gegen Gewalt an Frauen: Fachgespräch des AK Gleichstellung der SPD-Landtagsfraktion mit Farida Global und Stop Mutilation.



Jubilar*innenehrung im SPD-Ortsverein Borussia (Oespel/Kley)



Jubilar*innenehrung im SPD-Ortsverein Hörde-Süd



Jubilar*innenehrung
beim SoVD Hombruch



Bürobesprechung im
Landtagsbüro.



Frauen. Macht. Politik. Se-
minar der NRWSPD.



Fusion der SPD-Ortsvereine Barop
und Menglinghausen



Am Rande der Fachtagung
„Berufliche Bildung – Digital
und nachhaltig in die Zukunft“
des CJD NRW



Weihnachtsbesuch des AWO-
Ortsvereins Holzen

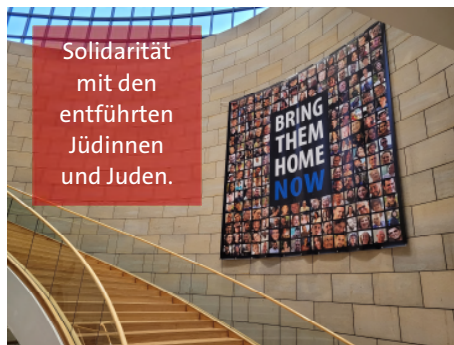


Weihnachtsbesuch des AWO-
Ortsvereins Wichlinghofen





Zeichen gegen Gewalt an Frauen: Auch in diesem Jahr nahm mein Wahlkreisbüro an „Orange the World“ teil.



Solidarität mit den entführten Jüdinnen und Juden.



Zu Besuch im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen: Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats.



Hannah Schops macht ab Februar ein Praktikum in meinem Abgeordnetenbüro.



40 Jahre Lore-Agnes-Haus der AWO Niederrhein in Essen. Eine Institution in der Beratung schwangerer Frauen.



Einweihung des neuen Bücherschranks auf dem Schultenhof.



Mit Liebe zur Partei.



Auch die AWO Dortmund war bei der "NRW bleib sozial!"-Demo lautstark vertreten.



Selbst eine Fußverletzung kann mich nicht stoppen!

**Frohe Weihnachten
und einen
guten Rutsch
ins neue Jahr!**



Auch im Landtag ist es weihnachtlich.